

S O D K – Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren

C D A S – Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales

C D O S – Conferenza delle direttrici e dei direttori
cantionali delle opere sociali



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantionali di giustizia e polizia

An die Mitglieder der Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
Sowie die Konferenz der Kantonalen Justiz- und
Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD

Bern, 8. Juli 2022

Reg: gsz 10.424

11. Newsletter Ukraine-Krise: Aktuelle Informationen an die Kantone

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin,
Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sitzung des SONAS von vergangener Woche drehte sich hauptsächlich um die Prognosen zur Anzahl Schutzsuchender aus der Ukraine. Alt Polizeikommandant Thomas Würigler war vom Bund beauftragt, verschiedene Szenarien zu prüfen und hat diese im SONAS vorgestellt. Er geht im wahrscheinlichsten Szenario davon aus, dass bis Ende Jahr insgesamt 120 000 Personen aus der Ukraine in der Schweiz Zuflucht suchen – je nach Verlauf des Krieges und abhängig von der Versorgung mit Nahrungsmittel und Heizstoffen in der Ukraine sowie in benachbarten Ländern (z.B. Polen) ist auch mit 150 000 Personen zu rechnen. Im sogenannten Extremszenario wären gar noch mehr Personen in der Schweiz aufzunehmen. Sie finden die entsprechende Präsentation in der Beilage. Bitte beachten Sie, dass der Bund diese als intern klassifiziert hat. Wir bitten Sie deshalb, diese nicht weiterzugeben.

Wichtige Themen im Herbst mit dem Bund angehen

Auch der SODK-Vorstand, der am letzten Freitag, 1. Juli 2022, tagte, befasste sich mit der Ukraine-Krise sowie den Aussichten auf den Herbst hin. Die Vorstandsmitglieder beschlossen, Staatssekretärin Christine Schraner Burgener einen Brief zu schreiben mit der dringenden Bitte, nach der Sommerpause folgende prioritären Themen mit den Kantonen zu vertiefen: die Weiterführung oder Aufhebung des Status S; die Prognosen zur Anzahl Personen, die bis Ende Jahr in der Schweiz Zuflucht suchen könnten, sowie die Erarbeitung eines Rückkehrprogramms für Personen, die in die Ukraine heimkehren. Weiter verlangt der Vorstand, dass das Staatssekretariat für Migration im Hinblick auf eine mögliche Flüchtlingswelle im Spätherbst gemeinsam mit den Kantonen verbindlich Prozesse und Abläufe definiert, die es ermöglichen, eine grosse Anzahl Geflüchteter möglichst effizient und mit wenig Reibungsverlusten aufzunehmen.

–
Generalsekretariat Secrétariat général Segreteria generale
Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern 031 320 29 99 office@sodk.ch www.sodk.ch

1/2

Vermögensverwertung nur unter eng definierten Bedingungen

Ein weiteres Thema im Vorstand SODK war der Umgang mit Vermögenswerten bei Schutzsuchenden. Der Bund hatte die Sonderabgabe bei den Schutzsuchenden sistiert und die SKOS empfahl in Absprache mit der SODK, während der ersten sechs Monate auf die Verwertung von Vermögen zu verzichten. Neu sollen nach dem Willen des SODK-Vorstands Einkommen – unabhängig davon, ob sie in der Schweiz oder einem anderen Land erzielt wurden – bei der Bemessung der Sozialhilfe berücksichtigt werden. Vermögen sollen unter eng definierten Kriterien verwertet werden, sofern sie verfügbar sind und nicht dazu dienen, den Lebensunterhalt von zurückgebliebenen ukrainischen Familienmitgliedern zu bestreiten. Auf die Verwertung von Autos kann bis Ende Jahr verzichtet werden, wenn anzunehmen ist, dass diese Autos der baldigen Rückreise dienen könnten. Details hierzu sind auf der [Homepage der SKOS](#) zu finden. Die SODK bittet gleichzeitig die SKOS, bis Ende Jahr detaillierte Empfehlungen zum Umgang mit Vermögenswerten zu erarbeiten, sofern der Status S verlängert wird.

Aktive Information über die Krankenversicherungspflicht

Verschiedene Gremien haben sich zudem mit der Frage auseinandergesetzt, welche Personen durch die Behörden krankenversichern zu sind und wie die nicht behördlich versicherten Personen über die Versicherungspflicht informiert werden sollen. In der Praxis herrschen in den Kantonen zwei Modelle vor: Im ersten werden alle Personen nach ihrer Registrierung krankenversichert und jene, die keine Sozialhilfe beziehen, danach herausgefiltert, weil sie ihre Krankenkassenprämien selbst bezahlen müssen. Im zweiten Modell werden nur Personen versichert, die auch Sozialhilfe beziehen. Beide Modelle haben Vor- und Nachteile. Wichtig scheint der SODK sowie der Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK indes, dass alle Personen aktiv über die Versicherungspflicht informiert werden und dass sie bei Bedarf Unterstützung erhalten beim Erledigen der Formalitäten. Aus Sicht der beiden Konferenzen sollte das SEM bereits in den BAZ auf die Versicherungspflicht hinweisen; die Kantone sollen diese Information systematisch wiederholen. Zudem wäre eine Stelle zu bezeichnen, wo Schutzsuchende, die mit unserem Krankenversicherungssystem nicht vertraut sind, Unterstützung erhalten. Ein entsprechendes Schreiben geht nächste Woche an die Asylkoordinatorinnen und –koordinatoren sowie an die Gesundheitsdirektionen und die Kantonsärztinnen und -ärzte.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen zu dienen und wünschen Ihnen eine erholsame Sommerpause. Der nächste Newsletter erreicht Sie im August.

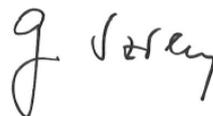
Freundliche Grüsse

**Konferenz der Kantonalen Justiz-
und Polizeidirektorinnen und -direktoren**



Florian Düblin
Generalsekretär KKJPD

**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**



Gaby Szöllösy
Generalsekretärin SODK